

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen
am Mittwoch, **07.03.2007**, 17:05 Uhr,
Rotunde, Stadthaus 3, Albersloher Weg 33, 48155 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Frank Baumann , Frau Sybille Benning , Herr Dr. Gerhard Bonn als Vertreter für Herrn Günter Schulze Blasum, Herr Heinz Georg Buddenbäumer , Herr Edgar Drüge , Herr Peter Kemming als Vertreter für Herrn Kleine-Wilke, Herr Horst Kisnat , Herr Richard Terborg als Vertreter für Herrn Ludger Kiekenbeck,

von der SPD-Fraktion

Frau Hedwig Chudziak , Herr Karsten Rahn , Herr Ludger Steinmann , Herr Holger Wigger ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Wilhelm Breitenbach , Herr Bernhard Leuters , Herr Wolfgang Wiemers als Vertreter für Herrn Jörn Möltgen,

von der FDP-Fraktion

Herr Wolfgang Klein ,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Franz Pohlmann ,

Sachkundige Einwohner/innen

Frau Gabriele Giese , Herr Wulf Greiling , Herr Andre Wolf ,

von der Verwaltung

Herr Reinhard Adams , Herr Hartmut Bartmann , Herr Henrik Bestmann , Herr Heinrich Bruns , Herr Alexander Buttgereit , Herr Dr. Ingo Deitmer , Herr Jochen Detering , Herr Günther Drewes , Herr Benno Fritzen , Herr Michael Grimm , Herr Norbert Hoppermann , Herr Heinz-Ludger Koppenborg , Herr Jörg Michel , Herr Ludger Niehoff , Herr Christian Niggemann , Frau Birgit Oberbracht , Herr Willi Reckert , Herr Gerhard Rüller , Herr Hartwig Schultheiß , Herr Michael Tegtmeier , Herr Karlo Tewes , Herr Rainer Uetz ,

für die Schriftführung

Frau Bärbel Jahn ,

Es fehlten:

Herr Wolfgang Bensberg , Herr Markus Böckelmann , Frau Susanne Bockeloh ,

Es fehlten:

Herr Ludger Kiekenbeck , Herr Karl Kleine-Wilke , Herr Jörn Möltgen , Herr Günter Schulze Blausum ,

Gäste:

Herr Dieter Sumbeck; Herr Markus Stegemann, Anwärter im Amt für Finanzen und Beteiligungen;

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen am 07.03.2007

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
- 1.1. Festsetzung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich ist.
2. Mitteilungen der Verwaltung
- 2.1. Zuschussmaßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfiananzierungsgesetz (GVFG)
- Nachträglicher Bericht zur Vorlage V/1048/2006 -
3. Einbringen von Eingaben
4. Umweltschutz und Baumaßnahmen
- 4.1. Künftige Organisationsform des Tiefbauamtes
- 4.2. Weiterentwicklung der Bäderlandschaft in Münster
Hier: Zustimmung zum weiteren Verfahren
- 4.3. Nutzungserweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg (Gremmendorf) zum Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren

V/0082/2007

II

V/0131/2007

IV

V/0111/2007

IV

<u>V/0128/2007</u> II	4.4.	Städtische Bühnen Münster - Theatergastronomie - Zustimmung zur Planung und Baubeschluss -
<u>V/1063/2006</u> II	4.5.	Erweiterung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel, städt. Förderschule, Förderschwerpunkt Lernen Auf dem Dorn 14, 48161 Münster - Baubeschluss, Hochbau - Zustimmung zur Planung und Baubeschluss - Außenanlagen -
<u>V/0062/2007</u> III	4.6.	Naturnahe Umgestaltung und ökologische Verbesserung Nebengewässers Aa "Maybusch"
<u>V/0068/2007</u> III	4.7.	Erschließung Von-Velen-Weg
<u>V/1060/2006</u> III	4.8.	Ausbau der Bahnhofstraße zwischen Windthorststraße und Servatiplatz - Baubeschluss -
<u>V/0458/2006</u> VI	4.9.	Gräftenanlage Haus Rüschaus Entwicklung einer Ufersicherungsbauweise
<u>V/0147/2007</u> V	4.10.	Rückbau von Gehölzflächen im städtischen Verkehrsgrün
	5.	Beratung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2007, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2006 - 2010
	6.	Beantwortung von Anfragen und Beratung von Anträgen
	7.	Sonstiges

Der Ausschussvorsitzende, Herr Baumann, eröffnet die öffentliche Sitzung um 17.05 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Herr Buddenbäumer beantragt, den Tagesordnungspunkt 4.6, Vorlage an den AUB Nr. V/0062/2007 „Naturnahe Umgestaltung und ökologische Verbesserung des Nebengewässers Aa -Maybusch-“, zu vertagen, da die Vorlage in der Bezirksvertretung Münster-Nord noch nicht behandelt worden ist.

Der Ausschuss erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Anschließend wird die Tagesordnung in der so geänderten Form genehmigt.

Punkt 1.1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnungspunkte, bei denen

die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich ist.

Auf Nachfrage von Herrn Baumann ergibt sich, dass zu den Tagesordnungspunkten 4.1, 4.2, 4.5, 4.7, 4.8, 4.10 und 5 des öffentlichen Sitzungsteils sowie zum Tagesordnungspunkt 4.1 des nicht öffentlichen Sitzungsteils die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich ist.

Punkt 2 der Tagesordnung

Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 2.1 der Tagesordnung

Zuschussmaßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) - Nachträglicher Bericht zur Vorlage V/1048/2006 -

(s. TOP 4.3 der 21. öffentlichen Sitzung vom 13.02.2007)

Herr Bartmann trägt vor, dass am 16.02.2007 ein weiteres Einplanungsgespräch für Zuschussmaßnahmen nach dem GVFG mit Vertretern des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW (MBV) und der Bezirksregierung Münster stattgefunden hat. Auslöser für dieses Gespräch waren die Anträge der Stadt Münster auf vorzeitigen, zuschussunschädlichen Baubeginn der Maßnahmen „**Hobbeltstraße**“ und „**Mondstraße**“. Die Ergebnisse des Gesprächs waren:

- Die Maßnahme **Hobbeltstraße**, Verlängerung bis Baugebiet, wird für das **Jahr 2008** eingeplant; dem vorzeitigen Baubeginn wird zugestimmt.
- Die Maßnahme **Kanalstraße, I. BA**, Ausbau gem. Geh-/Radweg zwischen Nevinghoff und Bröderichweg, wird für das **Jahr 2009** eingeplant.
- Dem vorzeitigen Baubeginn der **Mondstraße** konnte das MBV zwar nicht zustimmen, aus Sicht des MBV liegen hier in einigen Abschnitten aber die Voraussetzungen für eine **Vorsorgemaßnahme** vor. Um Synergieeffekte zu erzielen ist es sinnvoll, Bauabschnitte zu bilden und für diese Bereiche die Vorsorge zu beantragen. Die Stadt Münster wird in diesem Zusammenhang die Pläne überarbeiten und mit dem Antrag auf Anerkennung als Vorsorgemaßnahme einreichen. Der vorgesehene Baubeginn - 3. Quartal 2007 - ist dadurch aber nicht gefährdet.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

2.2 Bericht des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz zur UMTS-Anlage im Bereich der Sentruper Höhe

(s. TOP 6.1 der 21. öffentl. Sitzung vom 13.02.2007)

Auf Wunsch des Ausschusses berichtet Herr Bruns, dass die Planung des Sendemastes an der Sentruper Höhe auf eine Anfrage der Firma O₂ von Anfang 2003 zurück geht, die Lücke im UMTS-Sendernetz in diesem Bereich zu schließen. Seit dieser Zeit hat die Firma O₂ zum Teil auch in Kontakt mit der Verwaltung die Standortgegebenheiten und Standortalternativen im Bereich der Sentruper Höhe erkundet. Der konkrete Standort wurde unter Berücksichtigung der baurechtlichen und landschaftsrechtlichen Kriterien geprüft. Die Bezirksvertretung Münster-West wurde am 02.12.2004 und am 16.03.2006 in nichtöffentlicher Sitzung über den beabsichtigten Standort informiert. Im Januar 2007 hat die Firma O₂ mitgeteilt, dass der Baubeginn ent-

gegen einer ursprünglichen Absicht bereits im Februar 2007 erfolgen soll. Auch darüber wurde die Bezirksvertretung Münster-West informiert.

Die immissionsschutzrechtliche Zulassung von Mobilfunksendeanlagen erfolgt nicht durch die Stadt Münster, sondern durch die Bundesnetzagentur. Für die Sendeanlage im Bereich der Sentruper Höhe hat die Bundesnetzagentur am 06.03.2006 die notwendige Standortbescheinigung erteilt. Damit ist sichergestellt, dass die Grenzwerte des Bundesimmissionsschutzgesetzes im Umfeld der Sendeanlage unterschritten werden. Aufgrund der von zahlreichen Anwohnern geäußerten Bedenken gegen diese Sendeanlage wird die Bundesnetzagentur auf Anregung der Stadt Münster nach Inbetriebnahme der Anlage aber auch noch eine Messung durchführen.

Das Bauordnungsamt hat die notwendige Baugenehmigung am 11.08.2006 erteilt. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens werden nicht die Immissionen der Sendeanlage geprüft, sondern es wird entschieden, ob der für die Anbringung der Sendeanlage erforderliche Mast errichtet werden darf.

Unabhängig von den rechtlichen Rahmenbedingungen koordinieren die Mobilfunkbetreiber ihre Standortsuche auf der Basis einer freiwilligen Vereinbarung zwischen dem Deutschen Städte- und dem Mobilfunkbetreibern mit den Städten. In Münster gibt es das grundsätzliche Ziel, die Mobilfunkversorgung aller Bürger der Stadt unter Beachtung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen sicherzustellen.

Der AUB hat Kriterien festgelegt, nach denen sich die Stadt im Rahmen der freiwilligen Vereinbarung zu geplanten Sendeanlagen äußern soll (Nähe zu Schulen, Kindergärten etc.). Diese Kriterien werden hier eingehalten.

Zurzeit existieren in Münster rd. 250 Sendeantennen an insgesamt 183 Standorten, wovon sich der überwiegende Teil auf vorhandenen Gebäuden befindet. Alles in allem gibt es für den Mobilfunkbereich rd. 20 freistehende Masten mit einer Höhe von ca. 20 m bis ca. 50 m. Solche Masten werden schon allein aufgrund der Kostensituation nur dann eingerichtet, wenn es nach Prüfung aller Standortalternativen keine andere Möglichkeit gibt. Abschließend teilt Herr Bruns mit, dass der Sendemast an der Sentruper Höhe mittlerweile errichtet worden ist. Die zahlreichen Bürgernachfragen werden von Herrn Brinkheetker beantwortet, der im Amt für Grünflächen und Umweltschutz unter Beteiligung des Bauordnungsamtes und des Amtes für Liegenschaften die Standortsuche für Mobilfunkanlagen koordiniert.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

Einbringen von Eingaben

Herr Baumann stellt fest, dass folgende Unterlagen vor der Sitzung als Tischvorlagen verteilt wurden:

- 1. Von der Verwaltung aufgestellte Beratungsfahrpläne zum kameralen und doppelten Haushaltsplanentwurf 2007**
- 2. Je 2 kameralen und doppelten Veränderungsblätter der Verwaltung**
(noch nicht in den Fahrplänen enthalten)
- 3. Veränderungsblatt der Fraktion UWG MS/ödp zum kameralen Haushalt**
(noch nicht im Fahrplan enthalten)

4. **Gemeinsames Veränderungsblatt der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zum kameralen Haushalt**
(noch nicht im Fahrplan enthalten)
5. **Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2007 zum doppelten Haushalt**
„Aufhebung der Kürzungen im Umwelt- und Naturschutz bei den Naturschutzverbänden und Naturschutzprojekten“
6. **Anregungen gem. § 24 GO NW**
 - Nr. 8/2007 vom 29.12.2006 des NABU Münster
 - Nr. 25/2007 vom 08.02.2007 der NABU-Naturschutzstation Münsterland e.V.
(beide bereits im doppelten Fahrplan enthalten)
 - Nr. 32/2007 vom 23.02.2007 der NABU-Naturschutzstation Münsterland e.V.
(noch nicht in den doppelten Fahrplan eingearbeitet)
7. **Zum Abschlussbericht vom 24.07.2006 der Gutachtergesellschaft Rödl und Partner**
 - Gemeinsame Anträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2007 zu Blatt Nr. 209 „Teuerungsrate bei Dienst- und Arbeitsleistungen der Feuerwehr berücksichtigen“
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2007 zu Blatt Nr. 210 „Gebührenstruktur bei Brandschauen verändern – Veranlasserprinzip stärker berücksichtigen“
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2007 zu Blatt Nr. 218 „Neue Technik für das Vermessungs- und Katasteramt“
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2007 zu Blatt Nr. 225 „Städt. Gebäudeflächen an die Notwendigkeit anpassen“
 - Anträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL
8. **Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 06.03.2007**
zur Vorlage V/0131/2007
9. **Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL vom 28.02.2007**
an Herrn Dr. Tillmann zum Bäderkonzept, Vorlage V/0131/2007
10. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL vom 07.03.2007**
zur Vorlage V/0131/2007

Herr Baumann führt aus, dass alle Tischvorlagen als eingebracht gelten und bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten mit behandelt werden. Außerdem weist er im Zusammenhang mit dem unter Punkt 3. vorliegenden Veränderungsblatt darauf hin, dass Herr Pohlmann von der Fraktion UWG MS/ödp im Ausschuss zwar kein Stimmrecht hat, Anträge hingegen aber stellen darf.

Punkt 4 der Tagesordnung

Umweltschutz und Baumaßnahmen

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0082/2007

Künftige Organisationsform des Tiefbauamtes

Nach Vortrag von Herrn Grimm und anschließender Sachdiskussion empfiehlt der Ausschuss

dem Rat die Annahme der Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die in der Begründung dargestellten Hinweise zur **Beibehaltung der derzeitigen Organisationsform des Tiefbauamtes als Amt zustimmend** zur Kenntnis. Der Auftrag zur Prüfung und Einführung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) aus der Vorlage 0464/2006 ist damit erledigt.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, perspektivisch **die Vorteile eines Eigenbetriebs bzw. einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung für die Leistungen des Amtes 66 zum Ende der Legislaturperiode darzustellen und eine Umsetzung mit den notwendigen Schritten entscheidungsreif** vorzubereiten.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das **Volumen der Sparmaßnahmen**, das im Rödl-Vorschlag Nr. 226 genannt wird, z. T. durch die vorgeschlagenen Maßnahmen (Prozessoptimierung) **erreicht werden kann**. Der Konsolidierungsvorschlag Nr. 226 der Fa. Rödl & Partner ist damit erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten oder Folgekosten entstehen.

Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0131/2007

Weiterentwicklung der Bäderlandschaft in Münster Hier: Zustimmung zum weiteren Verfahren

(siehe TOP 3 der 22. öffentl. Sitzung vom 07.03.2007)

Herr Greiling erkundigt sich bei der Verwaltung, ob für mindestens ein Bad der Einbau einer Hebebühne für Querschnittsgelähmte geplant ist. Herr Stadtdirektor Schultheiß verweist hierzu auf die für die Ratssitzung am 10.05.2007 vorgesehene Vorlage zu Eckdaten und zur konzeptionellen Entwicklung der Bäder. Herr Leuters führt aus, dass der von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL mit Datum vom 28.02.2007 an Herrn Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann gerichtete Fragenkatalog um folgende Frage ergänzt wird:

„9. Was kostet die Umsetzung des Bäderkonzeptes nach dem jetzigen Erkenntnisstand der Verwaltung

- nach dem FM-Modell
- nach dem PPP-Modell
- Eigenbeschaffung?

Welches der Verfahren schneidet am kostengünstigsten ab?“

Weiterhin bittet er darum, den derzeitigen Energieverbrauch pro Bad darzulegen. Die Verwaltung sagt die Beantwortung beider Punkte zu.

Der vorgelegte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL vom 07.03.2007, womit die Verwaltung aufgefordert wird zu prüfen, ob im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen

der Schwimmbäder ein Hallenbad mit einer „Spaßrutsche“ (z.B. nach dem Vorbild des DÜB in Dülmen) ausgestattet werden kann, wird zurückgezogen. Er soll im Rahmen der morgen tagenden Gremien gestellt werden.

Der vorgelegte Änderungsantrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP vom 06.03.2007 wird nach Abstimmung bei 4 Gegenstimmen der SPD und 3 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL mit den Stimmen der CDU und der FDP mehrheitlich angenommen.

Anschließend empfiehlt der Ausschuss dem Rat die Annahme der so geänderten Vorlage bei 7 Gegenstimmen (SPD/ GAL) mehrheitlich.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Rahmenkonzept zur zeitlichen Bereitstellung der Bäder

- 1.1 Der Rat nimmt das Rahmenkonzept zur zeitlichen Bereitstellung (Betriebs- bzw. Öffnungszeiten) der Bäder zur Kenntnis (**Anlage 1**).
- 1.2 Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Weiterentwicklung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft zu prüfen, ob und welche Möglichkeiten bestehen, - auch im Hinblick auf mögliche sanierungsbedingte Nutzungsbeeinträchtigungen ab 2008 – die Öffnungszeiten – auch punktuell und befristet – auszuweiten.

2. Weiteres Verfahren zur Umsetzung des Bäderkonzeptes

- 2.1 Der Rat beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 13.12.2006 (Vorlage 1009/2006 – 2. Ergänzung), dass - auf Grund der zwischenzeitlich von der Verwaltung vorgenommenen detaillierten Prüfung der Rechts- und Verfahrensfragen und der daraus resultierenden Erkenntnisse insbesondere zu den Verfahrensrisiken und der damit möglicherweise verbundenen Verlängerung der Verfahrensdauer – die Sanierung und Attraktivierung der städtischen Bäderlandschaft durch die Verwaltung erfolgt.
- 2.2 Der vorgesehene Teilnahmewettbewerb und die nachgehende europaweite Ausschreibung, mit dem Ziel, über ein sogenanntes „FM-Modell-II“ oder ein sogenanntes „PPP-Full-Size-Modell“ Private zu beauftragen, wird daher nicht durchgeführt.
- 2.3 Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - 2.3.1 auf der Grundlage der in Fortführung des „Wenzel-Gutachtens“ erarbeiteten konzeptionellen Eckdaten (**Anlage 2 a – 2 i und Anlage 3**) für die Sanierung und Attraktivierung der städtischen Bäderlandschaft kurzfristig einen Projektrahmen zu erarbeiten und mit einer Übersicht über die Zeit- und Maßnahmenplanung dem Rat in seiner Sitzung am 10. Mai zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen,
 - 2.3.2 dabei – neben dem Freibad Hilstrup, zu dem mit dieser Vorlage weitergehende Beschlüsse vorgeschlagen werden (vgl. Ziffer 3 des Beschlusstextes) – bereits für die Sitzung des Rates im Mai konkretisierte Vorschläge zur Sanierung und Attraktivierung eines Hallenbades vorzubereiten und möglichst auch zur Beschlussfassung vorzulegen,
 - 2.3.3 die projektbezogenen organisatorischen Dispositionen zu treffen, um eine Sanierung und Attraktivierung der nach dem Bäderkonzept weiterzuführenden Bäder kurzfristig in die Wege zu leiten und die entsprechenden Beschlüsse (Beauftragung von Architektur- und Ingenieurbüros, Zustimmung zur Planung und Baubeschluss) zeitnah vorzubereiten und herbeizuführen.

2.3.4 bei der Erarbeitung des Projektrahmens davon auszugehen, dass die Sanierung des Hallenbades Mitte erst ab dem Jahr 2010 erfolgt.

2.3.5 die Planung für das Hallenbad Roxel so anzupassen, dass ein direkter Zugang aus der Schwimmhalle zu den Liegeflächen außerhalb der Schwimmhalle ermöglicht wird.

Die Beschlüsse zur Finanzierung werden entsprechend angepasst.

3. Zustimmung zum Planungskonzept für das Freibad Hiltrup

3.1 Der Rat stimmt den unter Punkt 2. der Begründung und in der Anlage 2 a erläuterten konzeptionellen Eckdaten (Raumprogramme, Marktpositionierung, Kosten) für das Freibad Hiltrup zu und beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der als Anlage 4 für das Freibad Hiltrup beigefügten planerischen Konkretisierung die weitere Planung so durchzuführen, dass mit der Sanierung/Wiederherstellung und Optimierung des Bades nach Ende der Freibadsaison 2007 (September 2007) begonnen werden kann. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die planerische Konkretisierung im Zuge der noch zu erfolgenden Abstimmungen mit den Genehmigungsbehörden ggf. noch angepasst wird.

3.2 Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Becken- und Techniksanieierung sowie die baulich damit verbundenen weiteren Maßnahmen und die Wiederherstellung und Optimierung der Freianlagen Investitionen in Höhe von 4.255.000 € (netto) entstehen. Diese Summe ist in den Mittelansätzen enthalten und steht - vorbehaltlich der Beschlussfassung zum Haushalt 2007 - bereit.

4. Aufgabe von Bäderstandorten

Gemäß den Grundsatzbeschlüssen zur Vorlage V0844/2005 und den weiterführenden Beschlüssen zu den Vorlagen V/0835/2006 und V/10009/2006 – 2. Ergänzung, werden folgende Bäderstandorte aufgegeben:

4.1 Der Betrieb des Freibades Nienberge wird zur Saison 2007 nicht wieder aufgenommen und der Bäderstandort aufgegeben. Dabei nimmt der Rat zur Kenntnis, dass auf Grund der bestehenden Rechtslage (Erbbaurecht) nur eine weitere Verwendung mit einer „sportlichen Nutzung“ zulässig ist.

4.2 Die Verwaltung wird daher beauftragt, für den ehemaligen Standort des Freibades Nienberge mit den Vereinen vor Ort die konzeptionellen Möglichkeiten für die Verwendung dieses Areals zu klären und Vorschläge für eine entsprechende Nutzung zu entwickeln und den zuständigen Gremien vorzulegen.

4.3 Der Betrieb im Freibad Handorf wird zu Beginn der Bädersaison 2007 nicht wieder aufgenommen und der Standort für eine Nutzung als Freibad aufgegeben. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für beide Badstandorte (Frei- und Hallenbad) derzeit parallel ein Konzept mit dem Ziel der baulichen Entwicklung der städt. Flächen erarbeitet wird.

4.4 Der Betrieb des Hallenbades Handorf wird zum 31.07.2008 eingestellt, es sei denn, dass das Bad aus städtischer Trägerschaft entlassen werden kann und für das Hallenbad Handorf, ggf. auch unter Einbeziehung der Freibadfläche, eine Weiterführung in privater

Trägerschaft gem. den im Ratsbeschluss vom 07.12.2005 genannten Bedingungen möglich ist.

- 4.5 Der Betrieb des Südbades wird zum 31.07.2007 eingestellt, es sei denn, dass das Bad aus städtischer Trägerschaft entlassen werden kann und für das Südbad, eine Weiterführung in privater Trägerschaft gem. den im Ratsbeschluss vom 07.12.2005 genannten Bedingungen möglich ist oder, dass die Prüfung der Verwaltung (vgl. Ziffer 5 des Beschlussvorschlages) ergibt, dass ein kürzeres, zeitlich befristetes Offenhalten des Südbades während der ersten Sanierungsphase der städtischen Bäder sinnvoll und umsetzbar ist.
- 4.6 Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Weiterführung für das Hallenbad Handorf und das Südbad – für diese beiden Bäder liegen Interessenbekundungen entsprechender Initiativen vor – zeitnah und in Rückkopplung zu den Initiatoren verbindlich zu klären.
- 4.7 Der Betrieb des Hallenbades Amelsbüren wird zum Schuljahresende 2007/2008 eingestellt und das Bad im Rahmen der Weiterverwendung des Gebäudes zu einer Gymnastikhalle für schulische und sportliche Zwecke umgebaut. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Planungen, Umsetzungsmaßnahmen und die erforderlichen Kosten zu ermitteln und zum Haushalt anzumelden.

5. **Anregung des Fördervereins Münster-Süd e.V.**

Der Anregung des Fördervereins Bürgerbad Münster-Süd e. V., (**Anlage 5**) das Südbad bis zum Abschluss der Sanierung der anderen Bäder in Betrieb zu halten, wird in dieser Form nicht gefolgt. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der bis zur Sitzung des Rates am 10.05.07 vorzunehmenden Konkretisierung der Zeit- und Maßnahmenplanung zu prüfen, ob ein kürzeres, zeitlich befristetes Offenhalten des Südbades während der ersten Sanierungsphase der Hallenbäder sinnvoll und umsetzbar ist. Die Anregung ist unter Einbezug dieses Prüfungsauftrages an die Verwaltung in der Sache erledigt.

Kosten/Folgekosten/Finanzierung

Die notwendigen Mittel werden im Haushalt 2007 bereitgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Sachentscheidungen sind im Teilfinanzplan aus der Produktgruppe 0802 „Bäder“ zu finanzieren (siehe dazu unten stehende Tabelle).

Der Ausweis der aufwandsneutralen Umsatzsteuer erfolgt für den Betrieb gewerblicher Art „Bäder“ über den NKF Finanzplan. Die entsprechenden Positionen sind wie folgt zu erhöhen:

Zeile	Position	2007	2008	2009
07	sonstige Einzahlungen	640.300	1.661.550	1.690.050
15	sonstige Auszahlungen	640.300	1.661.550	1.690.050

Das vorliegende Detailkonzept führt dazu, dass sich die Investitionskosten auf die Haushaltsjahre wie folgt verteilen:

Maßnahmenziffer	Jahr	Haushaltplan-Entwurf 2007	Neue Veranschlagung	Differenz
5700.940.1400.4 Modernisierung FB Hilstrup	2006	15.000	15.000	0
4000 Modernisierung Freibad Hilstrup	2007	1.539.000	1.750.000	211.000

Maßnahmenziffer	Jahr	Haushaltplan- Entwurf 2007	Neue Ver- anschla- gung	Differenz
	(2007 VE) 2008 2009	(150.000) 2.052.000 667.000	(2.505.000) 3.000.000 935.000	(2.355.000) 948.000 268.000
Gesamt Freibad Hiltrup		4.273.000	5.700.000	+ 1.427.000
5700.940.1410.0 Modernisierung HB Kinderhaus 4010 Modernisierung Hallenbad Kinderhaus	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 170.000 (750.000) 1.026.000 1.955.000	15.000 170.000 (275.000) 1.465.000 0	0 0 - (475.000) 439.000 - 1.955.000
Gesamt Hallenbad Kinderhaus		3.166.000	1.650.000	- 1.516.000
4020 Modernisierung Hallenbad Wolbeck	2007 (2007 VE) 2008	462.000 (75.000) 739.000	50.000 (102.000) 1.000.000	- 412.000 + (27.000) 261.000
Gesamt Hallenbad Wolbeck		1.201.000	1.050.000	- 151.000
4030 Modernisierung Hallenbad Roxel	2007 (2007 VE) 2008	452.000 (1.000.000) 1.539.000	800.000 0 0	+ 348.000 - (1.000.000) - 1.539.000
Gesamt Hallenbad Roxel		1.991.000	800.000	- 1.191.000
5700.940.1440.X Modernisierung FB Stapelskotten 4040 Modernisierung Freibad Stapelskotten	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 103.000 (1.250.000) 1.898.000 1.232.000	15.000 200.000 (667.000) 2.235.000 2.000.000	0 97.000 - (583.000) 337.000 768.000
Gesamt Freibad Stapelskotten		3.233.000	4.450.000	+ 1.202.000
5700.940.1450.6 Modernisierung HB Ost 4050 Modernisierung Hallenbad Ost	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 103.000 (500.000) 719.000 2.052.000	15.000 200.000 (600.000) 600.000 2.785.000	0 97.000 (100.000) - 119.000 733.000
Gesamt Hallenbad Ost		2.889.000	3.600.000	+ 711.000
5700.940.1460.2 Modernisierung HB Hiltrup 4060 Modernisierung Hallenbad Hiltrup	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 0 (100.000) 103.000 2.668.000	15.000 100.000 (285.000) 285.000 1.850.000	0 100.000 (185.000) 182.000 - 818.000
Gesamt Hallenbad Hiltrup		2.786.000	2.250.000	- 536.000
5700.940.1470.9 Modernisierung HB Mitte 4070 Modernisierung Hallenbad Mitte	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 0 (50.000) 52.000 924.000	15.000 100.000 (160.000) 160.000 1.325.000	0 100.000 (110.000) 108.000 401.000
Gesamt Hallenbad Mitte		991.000	1.600.000	+609.000
5700.940.1480.9 Modernisierung FB Coburg 4080 Modernisierung Freibad Coburg	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009 2010	15.000 103.000 0 770.000 2.719.000 513.000	15.000 103.000 (536.000) 536.000 1.500.000 1.411.000	0 0 (536.000) - 234.000 -1.219.000 898.000
Gesamt Freibad Coburg (netto)		4.120.000	3.565.000	- 555.000

Maßnahmenziffer	Jahr	Haushaltplan-Entwurf 2007	Neue Veranschlagung	Differenz
Nettogesamtinvestitionskosten		24.665.000	24.665.000	0

Auf Grund der noch ungeklärten steuerlichen Fragen mit dem Verein DJK Coburg ist eine Erhöhung der Investitionskosten für das Freibad Coburg erforderlich um die finanziellen Grundlagen für das Verfahren zu schaffen. Das bedeutet konkret, dass die Mittel aufgrund der umsatzsteuerlichen Effekte für das Freibad Coburg um 675.000 € erhöht werden.

Mehrbelastung durch die Mwst für Freibad Coburg				
4080 Modernisierung Freibad Coburg	2007		20.000	20.000
	2008		102.000	102.000
	2009		285.000	285.000
	2010		268.000	268.000
Gesamt			675.000	+ 675.000
Gesamtinvestitionskosten		24.665.000	25.340.000	+ 675.000

Eine ggf. notwendige Anpassung der vorgesehenen Veranschlagungen wird im Rahmen der weiteren Projektkonkretisierung nach den zeitlichen Notwendigkeiten vorgenommen.

Punkt 4.3 der Tagesordnung V/0111/2007

Nutzungserweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg (Gremmendorf) zum Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme der Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Umstrukturierung einer Regelkindergartengruppe in eine Altersgemischte Gruppe (ganztags) zur Betreuung unter 3-jähriger Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg in Gremmendorf zu.
2. Der Rat stimmt den mit der Umstrukturierung verbundenen geringfügigen baulichen Veränderungen entsprechend dem Raumprogramm (Anlage 1) sowie der adäquaten Ausstattung der Einrichtung (Anlagen 2 a, 2 b, 2 c) zu. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme belaufen sich voraussichtlich auf rd. 32.650 €.
3. Der Rat der Stadt Münster stimmt den Auswirkungen der Maßnahme im Stellenplan 2007/2008 zu.

Zum Stellenplan 2007 (ab 01.08.2007) werden
1,00 Stelle Entgeltgruppe 6 (38,5 Fachkraftstunden/Woche) eingerichtet und
0,25 Stelle Entgeltgruppe 3 (9,5 Ergänzungskraftstunden/Woche) eingespart.

Die zusätzlich entstehenden Personalkosten für die u3-Betreuung in Höhe von 13.710 € im Jahr 2007 und 32.910 € in den Folgejahren werden entsprechend den beschlossenen Grundlagen der Finanzierung zur Umsetzung des Tagesbetreuungsbauprogramms der

Stadt Münster – Ratsbeschluss V/1033/2004 – aus den bei der HHSt. 4640.718.0500.7 bereitgestellten Mitteln übernommen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Maßnahme einmalige Kosten in Höhe von ca. 32.650 € entstehen (investive Kosten entsprechend dem Beschlusspunkt 2)

Davon entfallen voraussichtlich auf die

- baulichen Veränderungen im Gebäude = 17.550 € (Anlage 2 a)
- Ergänzungen der Möbel und des Kleinspielzeugs = rd. 6.600 € (Anlage 2 b)
- Veränderungen im Außenbereich/Spielbereich = 8.500 € (Anlage 2 c)

Betriebsbedingte Mehrkosten in Höhe von 13.710 € im Jahr 2007 und 32.910 € in den Folgejahren entstehen durch das erforderliche zusätzliche Personal für die u3-Betreuung (Verwaltungshaushalt entsprechend dem Beschlusspunkt 3).

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.940.0700.8	Baukosten u. Zuschuss u3- Programm	2007	32.650 €	
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u3- Programms	2007	13.710 €	5/12 anteilige Personalkosten
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u3- Programms	2008 ff	32.910 €	

Punkt 4.4 der Tagesordnung V/0128/2007

Städtische Bühnen Münster - Theatergastronomie - Zustimmung zur Planung und Baubeschluss -

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss die Annahme der Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Umbau und die Sanierung des Theatercafés wird nach den Plänen des Amtes für Gebäudemanagement vom 01.02.2007 ausgeführt (Anlage 1).
2. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Bau im Juni 2007 begonnen wird und die Fertigstellung voraussichtlich im September 2007 erfolgt.
4. Der im Entwurf des Haushaltsplanes 2007 bei der HHSt. 3310.940.1140.3 „Bauk. Errichtung einer Gastronomieebene“ ausgewiesene Sperrvermerk wird aufgehoben.

II. Kosten/Folgekosten

5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sowohl Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 05.02.2007 in Höhe von 595.000,00 Euro netto, als auch Folgekosten in Höhe von 12.000,00 Euro netto pro Jahr (incl. Betriebskosten, Reinigung, Wartung, Sicherheitsüberprüfungen, Bauunterhaltung) entstehen (Anlage 2).

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

6. Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt finanziert:

Ausgaben				
Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Gesamtansatz (nachrichtlich) Betrag Euro	Bemerkungen
3310.940.1140.3	Errichtung einer Gastronomieebene	2007	595.000 €	Finanzierung durch Entnahme aus der Sonderrücklage d. St. Bühnen
Insgesamt:			595.000 €	

Einnahmen				
Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Gesamtansatz (nachrichtlich) Betrag Euro	Bemerkungen
9115.315.0046.9	Einnahme aus der Sonderrücklage der St. Bühnen - Sanierungsrücklage	2007	595.000 €	

Insgesamt:	595.000 €	
-------------------	------------------	--

Befristung

7. Die Finanzierung der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltsberatung 2007 bzw. der mittelfristigen Finanzplanung 2006-2010.

Punkt 4.5 der Tagesordnung V/1063/2006

**Erweiterung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel, städt. Förderschule, Förderschwerpunkt Lernen
Auf dem Dorn 14, 48161 Münster**
 - Baubeschluss, Hochbau
 - Zustimmung zur Planung und Baubeschluss - Außenanlagen -

Auf Anfrage von Herrn Leuters sagt Herr Michel die Prüfung zu, ob eine kontrollierte Abluftanlage eingebunden werden kann.

Anschließend beschließt der Ausschuss die Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Der Entwurfsplanung des Amtes für Gebäudemanagement vom Dezember 2006 für die Erweiterung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel, die sowohl die erforderlichen Räume für den Ausbau zu einer einzügigen Förderschule als auch Räume für den Ganztagsbereich umfasst, wird zugestimmt (Anlage 1).

Der Errichtung der im Rahmen der erweiterten Ganztagsschule erforderlichen Betreuungsräume (3 Spiel- und Aufenthaltsräume mit insg. rd. 100 qm) und der Ausweitung des Verwaltungsbereiches um rd. 30 qm wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass beabsichtigt ist, den darüber hinaus noch erforderlichen Speiseraum mit Küche parallel in einem gesonderten Bauabschnitt gemeinsam mit den hierfür erforderlichen Räumlichkeiten für die Droste-Hauptschule Roxel zu errichten.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Entwurfsplanung in Abstimmung mit der Schulleitung und dem Bedarfsamt in Teilbereichen geringfügig gegenüber der Vorentwurfsplanung überarbeitet wurde. Diese Änderungen führen nicht zu Mehrkosten oder zu terminlichen Verzögerungen.
3. Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2).
4. Die behindertengerechte Erschließung des Erd- und Obergeschosses im Alt- und Neubau durch Rampen und Aufzug wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Entwurfsplanung des Amtes für Grünflächen und Umweltschutzes für die Freianlagen und dem Bau auf Grundlage des Plan Nr. S 45.2 wird zugestimmt. (Anlage 3)
6. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Erteilung der Baugenehmigung den Baubeginn zügig herbeizuführen und die entsprechenden Aufträge zu erteilen.
7. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sowohl Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom Januar 2007 für Baukosten und Beschaffungskosten in Höhe von insgesamt 4.540.800 Euro brutto zzgl. 234.000 € für die Beschaffung von Lehrmitteln als auch Folgekosten in Höhe von 359.201 € entstehen (Anlage 5). Von den Investitionskosten für Bau und Beschaffung entfallen auf den 1. Bauabschnitt Kosten in Höhe von 4.097.500 € zzgl. 234.000 € für die Beschaffung von Lehrmitteln, auf den 2. Bauabschnitt (Betreuungsräume) Kosten in Höhe von 443.300 €. (Anlage 4)

Die Folgekosten sind der Folgelastenberechnung zu entnehmen. (Anlage 5)

8. Die oben genannte Sachentscheidung (1. Bauabschnitt) ist wie folgt finanziert:

HH-Stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Gesamtansatz (nachrichtlich) Betrag Euro	Bemerkungen
2700.940.1110.8	Bauk. Erw. Augustin-Wibbelt-	2005	10.000	Haus-

	Schule			haltsaus- gaberest
		2006	425.000	Haus- haltsaus- gaberest
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif- fer	PG: 0301 Leistungen für Schulen Maßn. Ziffer: 4070 Erweiterung Augustin-Wibbelt- Schule			
	Auszahlung für Baumaßnah- men	2007 (VE 2008)	2.500.000 (500.000)	
		2008	1.891.500	
	Zwischensumme Baukosten ohne Beschaffungskosten		4.826.500	
	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	2008	271.000	
	Zwischensumme Baukosten incl. Beschaffungskosten		5.097.500	
	PG: 0301 Leistungen für Schulen Maßn. Ziffer: 0030 Besch. Lehm. i.R. investiver Maßnahmen			
	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	2007	51.000	
		2008	1.101.440	davon an- teilig 234.000 € für die Au- gustin- Wibbelt- Schule

Die notwendigen Investitionen im Rahmen der Umwandlung der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel und der Droste-Hauptschule Roxel in erweiterte Ganztagschulen sind wie folgt finanziert:

HH-Stelle	Bezeichnung	Haush .- jahr	Betrag Euro	Bemer- kungen
Einnahmen				
2150.360.1090.6	Zuw. Bund Einrichtung erweiter- te Ganztagschulen	2006	50.000	
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif-	PG: 0301 Leistungen für Schu- len Maßn. Ziffer: 4020			

fer	Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2007	900.000	
		2008	1.490.000	
	PG: 0301 Leistungen für Schulen Maßn. Ziffer: 4021 Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2007	100.000	
		2008	480.000	
		gesamt	3.020.000	
Ausgaben				
2150.940.1090.4	Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	190.701,96	Haus- haltsausga- berest
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif- fer	PG: 0301 Leistungen für Schulen Maßn. Ziffer: 4020 Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2007 (VE 2008)	1.900.000 (250.000)	
		2008	533.340	
		gesamt	2.624.041,96	
2150.935.1090.7	Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	77.230	Haus- haltsausga- berest
Produktgruppe Teilfinanzplan/ Maßnahmenzif- fer	PG: 0301 Leistungen für Schulen Maßn. Ziffer: 4021 Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen			
	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2007	150.000	
		2008	495.000	
		Ge- samt	722.230	

Befristung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Bezirksregierung Münster den förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmebeginn für die Investitionsmaßnahmen im Rahmen der erweiterten Ganztagschule genehmigt hat.

**Punkt 4.6 der Tagesordnung
V/0062/2007**

Naturnahe Umgestaltung und ökologische Verbesserung Nebengewässers Aa "Maybusch"

(s. TOP 1 der 22. öffentl. Sitzung vom 07.03.2007)

Die Behandlung der Vorlage wird vertagt.

**Punkt 4.7 der Tagesordnung
V/0068/2007**

Erschließung Von-Velen-Weg

Herr Wigger fragt die Verwaltung, ob Grundstückseigentümer der Eckgrundstücke KAG-Beiträge zahlen müssen. Herr Rüller berichtet, dass der Erschließungsträger die Baukosten übernimmt und damit keine Beiträge anfallen.

Der Ausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Dem Bau und der Übernahme des vom Ingenieurbüro Turk / Hagen aufgestellten Entwurf und den Kanalisationsarbeiten wird zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Die Baumaßnahme wird von der LEG Bauträger GmbH / Ratingen auf Grundlage des Erschließungsvertrages vom 24.08.2006 durchgeführt und finanziert. Entwässerungsbeiträge werden vertragsgemäß nicht erhoben.

Investitionskosten fallen für die Stadt gemäß dem o.g. Vertrag nicht an.

**Punkt 4.8 der Tagesordnung
V/1060/2006**

**Ausbau der Bahnhofstraße zwischen
Windthorststraße und Servatiplatz
- Baubeschluss -**

Herr Schultheiß berichtet, dass die in der letzten AUB-Sitzung vertagte Vorlage zwischenzeitlich im Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft einstimmig beschlossen worden ist.

Herr Leuters regt an zu prüfen, ob im Bahnhofsbereich beidseitig jeweils eine 4. Wartezone eingerichtet werden kann, da der entsprechende Platz hierfür vorhanden ist.

Herr Grimm sagt dies zu.

Herr Klein führt aus, dass die Fraktionen von CDU und FDP die Vorlage begrüßen. Er befürchtet allerdings, dass der Straßenzustand im Zuge des Abrisses des ehemaligen Direktionsgebäudes leiden könnte und beantragt daher die Aufnahme eines Haushalts-Sperrvermerks.

Herr Breitenbach spricht sich insofern gegen diesen Sperrvermerk aus, als die Planungen so lange diskutiert worden sind, dass nun mit dem Ausbau begonnen werden sollte.

Auch Herr Wigger lehnt einen Sperrvermerk ab.

Zum Antrag von Herrn Klein erläutert Herr Stadtdirektor Schultheiß, dass das Direktionsgebäude nicht Gegenstand des Investorenwettbewerbes ist. Daraufhin zieht Herr Klein seinen Antrag zurück.

Der Ausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

Die Bahnhofstraße wird von der Windthorststraße bis zum Servatiplatz auf der Grundlage der Lagepläne Reg.-Nr. 9549 Blatt 1-3 (3) vom 15.01.2007 ausgebaut.

Kosten/Folgekosten

Die Umbaukosten werden auf ca. 2.900.000,- € veranschlagt.

Die Ausbaukosten für den ab 2007 geplanten Teilausbau betragen ca. 1.900.000,-€.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahme unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2007 bzw. des Finanz- und Investitionsprogramms 2006 – 2010 steht.

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
6301.950.4008.6	Bauk.Str. Berliner Platz/Bahnhofstraße	2007 2008 In späteren Haushaltsjahren	1.000.000,- 650.000,- 1.000.000,-	
6307.950.0540.1	Bauk.Str. Erneuerung von Straßen	2007	250.000,-	

Insgesamt:	2.900.000,-	
------------	-------------	--

Einnahmen				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
6301.360.4008.6	Zuwend. B. Berliner Platz/ Bahnhofstraße (GVFG-Mittel)	2007 2008 2009 2010 In späteren Haushaltsjahren	150.000,- 200.000,- 100.000,- 50.000,- 169.000,-	
6301.361.4008.7	Zuwend. L. Berliner Platz/ Bahnhofstraße (Städtebauförderung)	2008 2009	22.000,- 322.000,-	

Insgesamt:	1.013.000,-	
------------	-------------	--

6300.350.010.6	Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG	2009	179.704,-	
----------------	------------------------------------	------	-----------	--

Insgesamt:			179.704,-	
------------	--	--	-----------	--

Der Ausbau kann nur dann erfolgen, wenn die notwendigen Voraussetzungen, wie u. a. Mittelbereitstellung durch den Rat, erfüllt sind.

**Punkt 4.9 der Tagesordnung
V/0458/2006**

**Gräftenanlage Haus Rüschaus
Entwicklung einer Ufersicherungsbauweise**

Herr Bruns beantwortet eine Nachfrage von Herrn Steinmann.

Der Ausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Ein Symposium zur Entwicklung einer modellhafte Ufersicherungsbauweise für die historische Gräftenanlagen „Haus Rüschaus“ durchzuführen.
2. Die Planung zur Erneuerung der Gräfte „Haus Rüschaus“ mit dem Ziel eine förderfähige Sanierungslösung herbeizuführen, weiter zu verfolgen.
3. Bei der Deutschen Stiftung Umweltschutz (DBU) einen Förderantrag zu stellen.
4. Eine Finanzierung unter Berücksichtigung der erwarteten Fördermittel aufzustellen. Die Durchführung der Sanierung steht unter dem Vorbehalt, dass die Finanzierung im jew. gültigen HH.Plan gesichert ist.

Kosten/Folgekosten:

Die Kosten für die Sanierung sind noch nicht ermittelt worden. Eine 50%ige Förderung durch die DBU wurde in Aussicht gestellt.

Da es sich um eine bestehende Anlage handelt, werden die Folgekosten sich auf dem bestehenden Niveau halten bzw. sich zunächst reduzieren.

Für die Durchführung des Symposiums fallen Kosten in Höhe von 5.000 € an.

Mittelbereitstellung/Finanzierung:

Die für das Symposium erforderlichen Mittel stehen bei der HHSt 8850.940.0200.X „Herrichtung von strategischen Liegenschaften“ als Haushaltsrest zur Verfügung.

**Punkt 4.10 der Tagesordnung
V/0147/2007**

Rückbau von Gehölzflächen im städtischen Verkehrsgrün

Nach Abstimmung beschließt der Ausschuss die Vorlage bei 4 Gegenstimmen der SPD-Fraktion und 3 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL mehrheitlich.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Münster-Mitte vom 03.02.2007, den Gehölzflächenrückbau an mehreren Straßen im Stadtgebiet nicht durchzuführen und auch keine weiteren Maßnahmen zu planen, wird abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Beratung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2007, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2006 - 2010

Vor Eintritt in die Beratung des Haushaltsplanes wird der öffentliche Sitzungsteil von 18.25 Uhr bis 18.35 Uhr unterbrochen.

(siehe TOP 3 der 22. öffentl. Sitzung vom 07.03.2007)

Zu Beginn erläutert Herr Baumann, dass die Beratung des Haushaltsplanentwurfes auch in diesem Jahr wieder anhand der vorliegenden, von der Verwaltung erstellten Fahrpläne (kameral und doppisch) erfolgt. Er bittet alle Anwesenden noch einmal, darauf zu achten, dass alle haushaltsrelevanten Tischvorlagen an den entsprechenden Stellen der Beratungsfahrpläne mit behandelt werden. Weiterhin gibt der Ausschussvorsitzende bekannt, dass Herr Wiemers als Vorsitzender des NABU an den Beratungen zu den Trasferaufwendungen des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz wegen Befangenheit nicht teilnehmen wird.

I. Verwaltungshaushalt (kameral)

Seite 211

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Mitte vom 06.02.2007, den Ansatz der Haushaltsstelle 5800.620.0010.9 „Pflege des Ortsbildes und Umweltschutzmaßnahmen“ im Rahmen der frei verfügbaren Mittel mit 25.910 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 226

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 08.02.2007, den Ansatz der Haushaltsstelle 5800.620.0050.4 „Pflege des Ortsbildes und Umweltschutzmaßnahmen“ im Rahmen der frei verfügbaren Mittel mit 12.620 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 230

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Ost vom 08.02.2007, den Ansatz der Haushaltsstelle 5800.620.0030.1 „Pflege des Ortsbildes und Umweltschutzmaßnahmen“ im Rahmen der frei verfügbaren Mittel mit 4.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 234

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Südost vom 06.02.2007, den Ansatz der Haushaltsstelle 5800.620.0040.8 „Pflege des Ortsbildes und Umweltschutzmaßnahmen“ im Rahmen der frei verfügbaren Mittel mit 2.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 236

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-West vom 07.02.2007, den Ansatz der Haushaltsstelle 5800.620.0060.0 „Pflege des Ortsbildes und Umweltschutzmaßnahmen“ im Rahmen der frei verfügbaren Mittel mit 10.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 272

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 1300.718.1000.9 „Erst. Verdienstausschlag/Fahrtkostenersatz FF“ um 30.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 307

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 6120.500.0000.9 „Sachausgaben ZA 10“ um 58.000 € jeweils in 2007 - 2010 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 6120.590.0000.5 „Bürgerorientierte Maßn. (Kundenzentrum Stadthaus 3)“ um 800 € jeweils in 2007 – 2010 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 6120.650.1000.7 „Geschäftsausgaben“ um 58.000 € jeweils in 2007 – 2010 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 314

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, den Ansatz der HHSt. 6800.114.0000.4 „Benutzungsgebühren für Parkuhren/ Parkscheinautomaten“ um 2.000.000 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt. *(s. auch unter V. Anträge zum Abschlussbericht vom 24.07.2006 der Gutachtergesellschaft Rödl und Partner Rödl-Blatt Nr. 231)*

Seite 317

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 7000.110.0000.6 „Abwassergebühren“ um 74.100 € jeweils in 2008 – 2010 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 318

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 7000.281.0000.3 „Zuführung vom Vermögenshaushalt“ um 100.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 7000.679.8000.7 „Erstattung spezieller Leistungen“ um 100.000 € in 2007 und um 74.100 € jeweils in 2008–2010 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 320

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz 2007 der HHSt. 6020.523.0000.6 „Verkehrssicherung, Verkehrszeichen etc.“ ab 2008 einzufrieren, wird bei 4 Ja- Stimmen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 402

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 7402.500.0000.x „Sachausgaben ZA 10“ um 150 € jeweils in 2007 – 2010 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, eine neue HHSt. „Neubau Hbf., Kostenzuschuss“ mit 5.000.000 € jeweils in 2007 und 2008 einzustellen, wird bei 3 Ja- Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

II. Vermögenshaushalt (kameral)

Seite 444

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 08.02.2007, den Ansatz der Haushaltsstelle 0210.988.1000.6 „Bauk-Zusch. Ausbau Multifunktionsraum Patronatsstr. 22“ im Rahmen der frei verfügbaren Mittel mit 8.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 448

Der Antrag der UWG-MS/ÖDP-Fraktion, den Ansatz der HHSt. 1300.940.5000.6 „Bauk. Ersatzbau Gerätehaus Gievenbeck“ um 650.000 € in 2008 zu erhöhen und um 650.000 € in 2009 zu reduzieren, wird einstimmig abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion, bei dieser HHSt. eine VE in Höhe von 300.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der UWG-MS/ÖDP-Fraktion, den Ansatz der HHSt. 1300.935.5000.9 „Besch. Möbel Ersatzbau FGH Gievenbeck“ um 30.000 € in 2008 zu erhöhen und um 30.000 € in 2009 zu reduzieren, wird einstimmig abgelehnt.

Seite 463 (s. TOP 3, Nr. 2)

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 3310.940.1140.3 „Bauk. Errichtung einer Gastronomieebene“ um 25.000 € in 2007 zu erhöhen sowie den bisher ausgewiesenen Sperrvermerk aufzuheben, wird einstimmig beschlossen.

Seite 464 (s. TOP 3, Nr. 2)

Die Änderung der Verwaltung, den im Haushaltsplan ausgewiesenen Sperrvermerk bei der HHSt. 3310.940.1230.x „Bauk. Sanierung der WC-Anlage im Theatercafe“ aufzuheben, wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz der HHSt. 3310.940.1480.7 „Bauk. Erneuerung Tonanlage KH“ um 140.000 € in 2007 zu reduzieren, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 471

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 08.02.2007, den Ansatz der HHSt. 4601.988.1060.6 „Bauk.-Z. Erweiterung „Black Bull““ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 3.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 475

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 4640.940.0700.8 „Bauk. und Zusch. u-3-Programm“ um 1.048.110 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 483

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Mitte vom 06.02.2007, den Ansatz der HHSt. 5805.960.0010.3 „Bauk.-Sanierung von Kinderspielplätzen“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 131.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 13.02.2007, den Ansatz der HHSt. 5805.960.0020.x „Bauk.-Sanierung von Kinderspielplätzen“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 49.670 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Ost vom 08.02.2007, den Ansatz der HHSt. 5805.960.0030.6 „Bauk.-Sanierung von Kinderspielplätzen“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 36.700 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Südost vom 06.02.2007, den Ansatz der HHSt. 5805.960.0040.2 „Bauk.-Sanierung von Kinderspielplätzen“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 34.500 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 08.02.2007, den Ansatz der HHSt. 5805.960.0050.9 „Bauk.-Sanierung von Kinderspielplätzen“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 32.540 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-West vom 07.02.2007, den Ansatz der HHSt. 5805.960.0060.5 „Bauk.-Sanierung von Kinderspielplätzen“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 51.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 490

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6020.935.1000.x „Beschaffung EDV Straßen- und Brückenbau“ eine zusätzliche VE von 45.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 494

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz der HHSt. 6200.987.3000.0 „Förderprogramm Altbauanierung“ um 200.000 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 7 Ja-Stimmen (SPD/GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz bei dieser HHSt. um 400.000 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, den Ansatz bei dieser HHSt. um 100.000 € jeweils in 2007 – 2010 zu erhöhen, wird bei 4 Enthaltungen (SPD) einstimmig beschlossen. *(s. auch unter V. Anträge zum Abschlussbericht vom 24.07.2006 der Gutachtergesellschaft Rödl und Partner Rödl-Blatt Nr. 201)*

Seite 495

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz 2007 und die VE in 2007 bei der HHSt. 6300.950.1060.5 „Bauk. Zentrales Verkehrssteuerungssystem“ auf 0 € zu setzen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 497

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 6301.950.6100.4 „Bauk. Str. Am Hawerkamp/Kreativkai“ um 180.510 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 500

Der Antrag der SPD-Fraktion, bei der HHSt. 6303.950.1340.2 „Bauk. Str. Hobbeltstr., Verlängerung“ einen Sperrvermerk für 2007 aufzunehmen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz bei dieser HHSt. um 700.000 € in 2007 zu reduzieren, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 501

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Südost vom 06.02.2007, den Ansatz der HHSt. 6304.950.0040.6 „Bauk. Gestaltung von Ortsplätzen im Bezirk Münster-Südost“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 19.660 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6304.950.1150.0 „Bauk. Str. GG östl. Münsterstr.“ eine zusätzliche VE in Höhe von 100.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6304.950.1450.9 „Bauk. Str. BG Angelsachsenweg/Otto-Hersing-Weg“ eine zusätzliche VE in Höhe von 50.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 503

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6305.950.1610.6 „Bauk. Str. BG Amelsbüren-Süd (Böckenhorst)“ um 120.000 € in 2007 zu reduzieren, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 504

Die Anregung aus der BV Münster-West vom 07.02.2007, den Ansatz bei der HHSt. 6306.361.1040.7 „Zuw. L. Mecklenbeck Entlastungsstraße“ um 250.000 € in 2009 und um 300.000 € in 2010 zu erhöhen sowie um 550.000 € in späteren Jahren zu reduzieren, wird bei 4 Nein-Stimmen (SPD) mehrheitlich aufgegriffen.

Seite 505 (s. TOP 3, Nr. 4)

Die Anregung aus der BV Münster-West vom 07.02.2007 und der gleichlautende, gemeinsame Antrag von CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6306.950.1040.6 „Bauk. Str. Mecklenbeck Entlastungsstraße“ um 50.000 € in 2008, um 550.000 € in 2009 und um 700.000 € in 2010 zu erhöhen sowie um 1.300.000 € in späteren Jahren zu reduzieren, wird bei 4 Nein-Stimmen (SPD) mehrheitlich beschlossen.

(s. TOP 3, Nr. 3)

Der Änderungsantrag der Fraktion UWG-MS/ÖDP, den Ansatz bei dieser HHSt. um 50.000 € in 2007, um 600.000 € in 2008 und um 650.000 € in 2009 zu erhöhen sowie um 1.300.000 € in späteren Jahren zu reduzieren, wird einstimmig abgelehnt.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6306.950.1190.0 „Bauk. Str. Bbpl.-Geb. 362 Boeselagerstr./Kerkheideweg“ eine zusätzliche VE in Höhe von 30.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6306.950.1250.0 „Bauk. Str. BG Mecklenbeck-Mitte“ eine zusätzliche VE in Höhe von 100.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 506

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6306.950.1501.2 „Bauk. Str. Austermannstraße“ um 30.000 € in 2007 zu reduzieren, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6306.950.1502.0 „Bauk. Str. Ausbau Gievenbecker Weg/Busso-Peus-Str.“ um 20.000 € in 2007 zu reduzieren, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) und 4 Enthaltungen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 507

Die Anregung aus der BV Münster-West vom 07.02.2007, bei der HHSt. 6306.950.1800.2 „Bauk. Str. BG Albachten-West Brücke Offerbach, B-Plan 437“ eine zusätzliche VE in Höhe von 82.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird bei 3 Enthaltungen (GAL) einstimmig nicht aufgegriffen.

Seite 508

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz der HHSt. 6307.950.0500.6 „Bauk. Str. Neubau von Straßen nach dem BauGB“ um 50.000 € in 2007 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.950.0510.2 „Bauk. Str. Erneuerung/kl. Um- und Ausbau von Straßen“ eine zusätzliche VE in Höhe von 150.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.950.0540.1 „Bauk. Str. Erneuerung von Straßen“ eine zusätzliche VE in Höhe von 250.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.950.0550.8 „Barrierefreies Bauen“ eine zusätzliche VE in Höhe von 100.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.950.0570.0 „Bauk.Str. Buslinienführung Altstadt“ eine zusätzliche VE in Höhe von 150.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.950.0700.1 „Bauk.Str. Wiederherstellung von Straßen nach Kanalbau“ eine zusätzliche VE in Höhe von 200.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 509

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.950.0800.4 „Bauk. Erneuerung an konstruktiven Ingenieurbauwerken“ eine zusätzliche VE in Höhe von 130.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz bei der HHSt. 6307.950.0950.9 „Bauk.Str. Beseitigung von Unfallschwerpunkten“ um 50.000 € jeweils in 2007 – 2010 zu erhöhen und eine zusätzliche VE in Höhe von 25.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6307.950.1010.4 „Bauk. Str. Ausbau des Radwegenetzes/Große Maßnahmen“ um 550.000 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz bei dieser HHSt. um 144.460 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 1 Enthaltung (GAL) einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz bei der HHSt. 6307.951.1010.5 „Bauk. Str. Ausbau des Radwegenetzes/Kleine Maßnahmen“ um 50.000 € jeweils in 2008 - 2010 zu reduzieren und eine zusätzliche VE in Höhe von 50.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird bei 3 Enthaltung (GAL) einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.952.1010.6 „Erhaltung von Geh- und Radwegen“ eine zusätzliche VE in Höhe von 400.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6307.950.1020.0 „Bauk.Str. Haltepunkt des SPNV“ eine zusätzliche VE in Höhe von 50.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6307.950.1040.3 „Bauk. Str. Fahrradständer im Stadtgebiet“ um 70.000 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Die Änderung der Verwaltung, bei dieser HHSt. eine zusätzliche VE in Höhe von 30.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 510

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6307.950.1070.2 „Bauk. Str. Fahrradwegweisung (Beschilderung von Radwegen)“ um 80.000 € in 2007 zu reduzieren und gleichzeitig diesen Betrag mit je 40.000 € in 2008 und 2009 einzustellen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Mitte vom 06.02.2007, den Ansatz der HHSt. 6308.960.1051.5 „Bauk.-Str. kl. VB-Maßnahmen/Tempo-30 im Bezirk Mitte“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 9.000 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Ost vom 08.02.2007, den Ansatz der HHSt. 6308.960.1053.1 „Bauk.-Str. kl. VB-Maßnahmen/Tempo-30 im Bezirk Ost“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 11.870 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-West vom 07.02.2007, den Ansatz der HHSt. 6308.960.1056.6 „Bauk.-Str. kl. VB-Maßnahmen/Tempo-30 im Bezirk West“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 11.750 € in 2007 einzustellen und in späteren Jahren um diesen Betrag zu reduzieren, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 512

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6510.950.1650.8 „Bauk. Str. Mondstr. von Warendorfer Str. - Wolbecker Str.“ um 1.750.000 € in 2007 zu reduzieren (Schieben der Maßnahme), wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 515

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6620.950.1360.x „Bauk. Weseler Str./Rechtsabbieger zum Inselbogen“ um 20.000 € in 2007 zu reduzieren (Schieben der Maßnahme), wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 516

Die Anregung aus der BV Münster-Südost vom 06.02.2007, den Ansatz der HHSt. 6650.951.1230.2 „Bauk. Str. Albersloher Weg v. Angelsachsenweg bis Osttor“ um 50.000 € in 2008 zu erhöhen, wird einstimmig nicht aufgegriffen.

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 6650.950.1520.3 „Bauk. Str. Radweg Wolbecker Str.“ um 65.000 € in 2007 zu erhöhen (Maßnahme vorziehen), wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6700.960.0000.x „Bauk. Erw. Verbesserung/Straßenbeleuchtung“ eine zusätzliche VE in Höhe von 25.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 519

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz bei der HHSt. 6800.987.1200.x „Bauk. Z. Stellplätze Aasee-Terrassen“ um 420.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Der Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup vom 08.02.2007, den Ansatz der HHSt. 6800.950.1400.3 „Bauk.-Str. Parkplätze Hiltrup Bhf/Bergiusstraße“ im Rahmen der Aufteilung der frei verfügbaren Mittel mit 22.500 € in 2007 einzustellen, wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Seite 521

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 6900.960.1520.x „Bauk. Aasee incl. Oberlauf – ökologische Verbesserung“ eine zusätzliche VE in Höhe von 100.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 522

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 7000.950.0030.1 „Bauk. Herstellung von Hausanschlüssen im Stadtgebiet“ eine zusätzliche VE in Höhe von 200.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 7000.935.1000.9 „Beschaffung EDV Abwasserbeseitigung“ eine zusätzliche VE in Höhe von 20.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 525

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz bei der HHSt. 7006.950.1500.5 „Bauk. Kan. Technologiepark - Erschließung“ um 250.000 € in 2008 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Seite 526

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 7007.950.0500.7 „Bauk. sonst. Erschließungskanalneubauten“ eine zusätzliche VE in Höhe von 150.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 7007.950.0501.5 „Bauk. Kan. Anschluß von Streusiedlungen“ eine zusätzliche VE in Höhe von 50.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz bei der HHSt. 7007.950.0520.x „Bauk. Verbesserung von Kanälen/Hausanschlüssen“ um 113.560 € in 2007 zu erhöhen und eine zusätzliche VE in Höhe von 1.000.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 529

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 7070.935.0000.5 „Ersatzbeschaffung Pumpwerke/Kläranlagen“ eine zusätzliche VE in Höhe von 150.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, bei der HHSt. 7070.950.1090.7 „Bauk. Kanalsanierung Betriebsgebäude“ eine zusätzliche VE in Höhe von 60.000 € in 2007 für 2008 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

III. Teilergebnisplan (doppisch)

Amt für Gebäudemanagement

Seite 112

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0112, Gebäudemanagement, Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, um 755.500 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag der GAL-Fraktion, bei der selben Position den Ansatz 2007 um 250.000 € zu erhöhen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

(s. TOP 3, Nr. 2)

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0112, Gebäudemanagement, Zeile 27, Erträge aus internen Leistungsbeziehungen, um 9.000 € in 2008 und um jeweils 18.000 € in 2009 und 2010 zu reduzieren, wird bei 7 Enthaltungen (SPD, GAL) mehrheitlich beschlossen.

Amt für Grünflächen und Umweltschutz

Seite 343

Der Antrag der GAL-Fraktion, den Ansatz in der Produktgruppe 1301, Grün- und Freiflächen, Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, um 500.000 € jeweils in 2007 und 2008 zu erhöhen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 367

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz in der Produktgruppe 1303, Natur, Landschaft, Erholung, Wasserschutz, Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, um 10.000 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) und 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 1303, Natur, Landschaft, Erholung, Wasserschutz, Zeile 15, Transferaufwendungen:

Herr Wiemers erklärt sich vor Beratung der folgenden 4 Anregungen/ Anträge für befähigt und verläßt den Sitzungsraum.

(s. TOP 3, Nr. 6)

Die Anregung gem. § 24 GO NW, Nr. 8/2007 vom 29.12.2006, des NABU Münster e.V. zur Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 17.900 € in 2007 für das Projekt Streuobstwiesenschutz wird einvernehmlich aufgegriffen.

(s. TOP 3, Nr. 6)

Die Anregung gem. § 24 GO NW, Nr. 25/2007 vom 08.02.2007, der NABU - Naturschutzstation Münsterland e.V., zur Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 62.093,95 € in 2007 für verschiedene Naturschutzprojekte (Artenschutz Eisvogel; Ein König sucht sein Reich; Ringelnatterschutz; Naturschutz in der Waldlandschaft der Davert; Sandmagerrasenschutz; Naturschutz im NSG „Emsaue“ und auf dem Übungsplatz Dorbaum; Schutzkonzept für wertvolle Säume in Münster) wird einvernehmlich aufgegriffen.

(s. TOP 3, Nr. 6)

Die Anregung gem. § 24 GO NW, Nr. 32/2007 vom 23.02.2007, der NABU - Naturschutzstation Münsterland e.V., die Haushaltsmittel für den Naturschutz in der Stadt Münster nicht um 10.000 € zu kürzen, sondern diesen Betrag im laufenden Jahr zweckgerichtet zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Münsteraner Naturschützer für die „Entente florale“ einzusetzen, wird bei 2 Ja-Stimmen (GAL) und 2 Enthaltungen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz um 20.760 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) und 2 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Herr Steinmann regt im Zusammenhang mit der Behandlung der Transferaufwendungen (s. Teilergebnispläne 1301 und 1401, jeweils Zeile 15) an, ein „round table“ – Gespräch zur Gewährung von Zuschüssen (was erwartet wen in welchem Ausmaß) stattfinden zu lassen. Herr Baumann begrüßt diesen Vorschlag, betont aber, dass es bei den beschlossenen Einsparungen bleiben wird.

Seite 386

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 1401, übergreifender Umweltschutz, Klima, Lärm, Boden, Abfall, Zeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, um 1.280 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 1401, übergreifender Umweltschutz, Klima, Lärm, Boden, Abfall, Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, um 1.280 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz in der Produktgruppe 1401, übergreifender Umweltschutz, Klima, Lärm, Boden, Abfall, Zeile 15, Transferaufwendungen, um 3.200 € in 2007 zu erhöhen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) und 2 Ja-Stimmen (GAL) sowie 1 Enthaltung (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

(s. TOP 3, Nr. 5)

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2007 zur Aufhebung der Kürzungen im Umwelt- und Naturschutz bei den Naturschutzverbänden und Naturschutzprojekten wird bei 4 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 1401, übergreifender Umweltschutz, Klima, Lärm, Boden, Abfall, Zeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, um 800 € jeweils in 2007 - 2010 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

IV. Teilfinanzplan (doppisch)

Amt für Gebäudemanagement

Seite 114

Der Antrag der GAL-Fraktion, in der Produktgruppe 0112, Gebäudemanagement, eine neue Maßnahme „Bhf. Hilstrup, Sanierung“ mit 30.000 € in 2007 und 500.000 € in 2008 einzustellen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Amt für Schule und Weiterbildung

Seite 188

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4010, Erweiterung Wartburgschule (HS), Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 650.000 € in 2007 und 1.770.000 in 2008 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4010, Erweiterung Wartburgschule (HS), Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, um 189.000 € in 2008 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Seite 189

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4030, Erweiterung Droste-Hauptschule Roxel, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 250.000 € in 2007 und um 140.000 € in 2008 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4030, Erweiterung Droste-Hauptschule Roxel, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, um 100.000 € in 2008 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4040, Erweiterung Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 100.000 € in 2007, um 1.900.000 € in 2008 und um 821.320 € in 2009 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4040, Erweiterung Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, um 241.040 € in 2008 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4060, Erweiterung Hansaschule, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 353.150 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

(s. TOP 3, Nr. 2)

Weiterhin wird das Veränderungsblatt der Verwaltung, mit dem bei der selben Maßnahme ein Sperrvermerk aufgenommen werden soll, einstimmig beschlossen.

Seite 190

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4080, Erweiterung Uppenbergsschule, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 768.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4110, Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium, Forscherwerkstatt, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 15.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4120, W.-Hittorf-Gymnasium, Schaffung Kunstraum, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 26.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0301, Leistungen für Schulen, Maßnahmenziffer 4130, Schillergymnasium, Erneuerung Fachräume, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 429.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Sportamt

Seite 287

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0801, Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten, Maßnahmenziffer 4000, W.-Hittorf-Gymnasium, Erneuerung Sporthallenboden, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 45.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0801, Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten, Maßnahmenziffer 4010, Schillergymnasium, Erneuerung Sporthallenboden, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 50.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0801, Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten, Maßnahmenziffer 4020, Modernisierung Sportaußenanlage Aasee, Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen, um 770.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0801, Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten, Maßnahmenziffer 4020, Modernisierung Sportaußenanlage Aasee, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 770.000 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Seite 298

Herr Steinmann beantragt, die Verwaltungsveränderungen zur Produktgruppe Bäder en block abzustimmen. Der Ausschuss stimmt diesem Verfahren zu.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4000, Modernisierung Freibad Hiltrup, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 211.000 € in 2007, um 948.000 € in 2008 und um 268.000 € in 2009 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4010, Modernisierung Hallenbad Kinderhaus, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 439.000 € in 2008 zu erhöhen und um 1.955.000 € in 2009 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4020, Modernisierung Hallenbad Wolbeck, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 412.000 € in 2007 zu reduzieren und um 261.000 € in 2008 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4030, Modernisierung Hallenbad Roxel, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 348.000 € in 2007 zu erhöhen und um 1.539.000 € in 2008 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Seite 299

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4040, Modernisierung Freibad Stapelskotten, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 97.000 € in 2007, um 337.000 € in 2008 und um 768.000 € in 2009 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4050, Modernisierung Hallenbad Ost, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 97.000 € in 2007 zu erhöhen, um 119.000 € in 2008 zu reduzieren und um 733.000 € in 2009 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4060, Modernisierung Hallenbad Hiltrup, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 100.000 € in 2007 und um 182.000 € in 2008 zu erhöhen sowie um 818.000 € in 2009 zu reduzieren, wird einstimmig beschlossen.

Der Beschluss zur Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4070, Modernisierung Hallenbad Mitte, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 100.000 € in 2007, um 108.000 € in 2008 und um 401.000 € in 2009 zu erhöhen, wird auf

Grund der unter TOP 4.2 der 22. öffentl. Sitzung vom 07.03.2007 geänderten Beschlussempfehlung zur Vorlage an den Rat, Nr. V/0131/2007 formal geschoben.

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 0802, Bäder, Maßnahmenziffer 4080, Modernisierung Freibad Coburg, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 20.000 € in 2007 zu erhöhen, um 132.000 € in 2008 und um 934.000 € in 2009 zu reduzieren sowie um 1.166.000 € in 2010 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

Amt für Grünflächen und Umweltschutz

Seite 349

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 1301, Grün- und Freiflächen, Maßnahmenziffer 4330, ÖG/KSP Entw.-Maßn. Giev. SW-südl. T.-VBP 441, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 379.360 € in 2007, um 20.000 € in 2008 und um 15.000 € jeweils in 2009 und 2010 zu erhöhen sowie gleichzeitig eine VE in Höhe von 50.000 € mit Kassenwirksamkeit von 20.000 € in 2008 und jeweils 15.000 € in 2009 und 2010 einzustellen, wird einstimmig beschlossen.

Der Antrag der GAL-Fraktion, in der Produktgruppe 1301, Grün- und Freiflächen, eine neue Maßnahme „Centralpark Stubengasse“ mit 100.000 € in 2007 einzustellen, wird bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich abgelehnt.

Seite 372

Die Änderung der Verwaltung, den Ansatz in der Produktgruppe 1303, Natur, Landschaft, Erholung, Wasserschutz, Maßnahmenziffer 0020, Ausgleichsmaßnahmen nach LG NW, Auszahlungen für Baumaßnahmen, um 27.500 € in 2007 zu erhöhen, wird einstimmig beschlossen.

V. Anträge zum Abschlussbericht vom 24.07.2006 der Gutachtergesellschaft Rödl und Partner

Die Beratung erfolgt anhand folgender Unterlagen:

- 1. Tischvorlage zu den gemeinsamen Anträgen der CDU-Ratsfraktion und der FDP-Ratsfraktion**
- 2. Tischvorlagen zu den Anträgen der SPD-Fraktion**
- 3. Tischvorlage zu den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL**

Zunächst stellt der Ausschuss einvernehmlich fest, dass die Anträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL zu den Rödl-Blättern, Nrn. 53 , 55, 57, 60 - 62, 79 sowie 80, und die gemeinsamen Anträge von CDU und FDP zu den Rödl-Blättern, Nrn. 198, 202 und 212, vom AUB nicht beraten werden, da er hierfür nicht zuständig ist.

Anschließend werden die unter 1. bis 3. aufgeführten Rödl-Blätter und Anträge in chronologischer Reihenfolge wie folgt behandelt:

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 196 Freisetzung von Raumkapazitäten im Gebäude Stühmerweg für andere Nutzungszwecke

Der Ausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 201 Verzicht auf die städt. Förderung der Altbausanierung

-siehe hierzu Beschluss unter II. Vermögenshaushalt (kameral) zu HHSt 6200.987.3000.0 „Förderprogramm Altbausanierung“-

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 207 *Verzicht auf Neubau Feuerwehrgerätehaus Gievenbeck*

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 208 *Anpassung der Kostenaufteilung der UA 1300 und 1600 an die aktuelle Entwicklung der Einsatzzahlen im Rettungsdienst*

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 209 *Anpassung des Tarifs für entgeltliche Einsätze der Feuerwehr*

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Antrag der SPD-Fraktion (s. TOP 3, Nr. 7)

Der zum Rödl-Blatt Nr. 209 vorliegende SPD-Antrag, die Teuerungsrate bei Dienst- und Arbeitsleistungen der Feuerwehr zu berücksichtigen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 210 *Systematische Erhebung von Gebühren für Brandschauen*

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Antrag der SPD-Fraktion (s. TOP 3, Nr. 7)

Der zum Rödl-Blatt Nr. 210 vorliegende SPD-Antrag, die Gebührenstruktur bei Brandschauen zu verändern und das Veranlasserprinzip stärker zu berücksichtigen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 211 *Aufgabe von Einsatzfunktionen (IKV)*

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 213 *Effizienzsteigerung, Liegenschaftskataster*

Der Ausschuss empfiehlt dem Personalausschuss einstimmig, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 214 *Einsparung einer Ingenieurstelle und eines Messgehilfen ab 2007*

Der Ausschuss empfiehlt dem Personalausschuss bei 4 Nein-Stimmen (SPD) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 215 *Einsparung einer Vermessungstechnikerstelle ab 2008*

Der Ausschuss empfiehlt dem Personalausschuss bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 216 *Einsparung einer halben Vermessungstechnikerstelle ab 2008*

Der Ausschuss empfiehlt dem Personalausschuss bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 217 *Einsparung einer halben Teamleiterstelle ab 2007*

Der Ausschuss empfiehlt dem Personalausschuss bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) einstimmig, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 218 Investitionen in GPS-Empfänger und digitale Nivelliergeräte

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Antrag der SPD-Fraktion (s. TOP 3, Nr. 7)

Der zum Rödl-Blatt Nr. 218 vorliegende SPD-Antrag, „Neue Technik für das Vermessungs- und Katasteramt“, ist damit erledigt.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 219 Vergrößerung der Leitungsspannen (Amt 65)

Der Ausschuss empfiehlt dem Personalausschuss mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 220 Verlagerung von Aufgaben der Kleininstandhaltung auf zentral geführten Hausmeisterpool

Der Ausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) einstimmig, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 221 Deregulierung im Vergabeverfahren

Der Ausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) einstimmig, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind 5.000 € in 2007 und jeweils 10.000 € in 2008 - 2010.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 222 Zusammenlegung der Ämter 65 und 23

1. Antrag GAL

Der Ausschuss beschließt bei 3 Ja-Stimmen (GAL) und 4 Enthaltungen (SPD) mehrheitlich, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

2. Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind 200.000 € in 2007 und jeweils 270.000 € in 2008 - 2010.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 223 Organisation des Immobilienmanagements als eigenbetriebähnliche Einrichtung

Der Ausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) einstimmig, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 224 Privatisierung öffentlicher Toilettenanlagen

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind 0 € in 2007 und jeweils 12.200 € in 2008 - 2010.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 225 Anpassung des Flächenverbrauchs (IKV)

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind jeweils 0 € in 2007 - 2009 und 2.000.000 € in 2010.

Antrag der SPD-Fraktion (s. TOP 3, Nr. 7)

Der zum Rödl-Blatt Nr. 225 vorliegende SPD-Antrag, die städt. Gebäudeflächen an die Notwendigkeit anzupassen, wird bei 4 Ja-Stimmen (SPD) mehrheitlich abgelehnt.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 226 Überführung der Aufgaben des Tiefbauamts auf eine zu gründende AöR

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind durch Umwandlung in einen Eigenbetrieb 150.000 € in 2007, 300.000 € in 2008, 337.500 € in 2009 und 487.500 € in 2010.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 227 Überführung der Aufgaben des Tiefbauamts auf eine zu gründende AöR

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, dass der Antrag, den Vorschlag nicht aufzugreifen mit der Vorlage an den Rat, V/0082/2007 „Künftige Organisationsform des Tiefbauamtes“, erledigt ist.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Grüne und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 228 Beteiligung der Parkhausbetreiber an den Betriebskosten für das Parkleitsystem

Der Ausschuss empfiehlt bei 4 Enthaltungen (SPD) einstimmig, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 229 Verkauf der städtischen Buswartehallen

Der Ausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) einstimmig, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 230 Erstellung der verkehrstechnischen Entwürfe und der Verkehrssteuerungsplanung bei 66

1. Antrag GAL

Der Ausschuss beschließt bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

2. Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Der Ausschuss beschließt bei 4 Enthaltungen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind 0 € in 2007 und jeweils 142.500 € in 2008 - 2010.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 231 Erhöhung der Parkgebühren (IKV)

1. Antrag GAL

Der Ausschuss beschließt bei 3 Ja-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

2. Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Enthaltungen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind 90.000 € in 2007 und jeweils 180.000 € in 2008 - 2010.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 232 Reduzierung der Mittel für die Straßenerhaltung (IKV)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 233 Standardabsenkung und Flächenreduzierung in der Grünflächenunterhaltung

Nach Mitteilung der Verwaltung wird der Vorschlag zurzeit bereits umgesetzt.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 234 Einführung Saisonarbeitszeit (für Grünflächen, Grün- und Freiflächen an städtischen Gebäuden, Forsten, Friedhöfen)

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag geändert umzusetzen, einzusparen sind 75.000 € in 2007 und jeweils 150.000 € in 2008-2010.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 235 Aufgabe der Zuschüsse für Naturschutzmaßnahmen und Projekte

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 236 Aufgabe der Zuschüsse für Naturschutzprojekte

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 237 Reduzierung der Vergabemittel für Luftschadstoffmessung

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 238 Aufgabe des Umweltpreises

Der Ausschuss beschließt bei 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag nicht aufzugreifen. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine der von der Stadt verwalteten Stiftungen die Durchführung übernehmen kann und darf.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 239 Aufgabe der Zuschüsse für das Bürgerschaftliche Engagement

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 240 Aufgabe des Zuschusses für das Projekt „Landwirtschaft macht Schule“

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP und Antrag der GAL

Rödl-Blatt Nr. 241 Aufgabe des Zuschusses für das Umweltforum

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 242 Verzicht auf die Verlängerung des Vertrages mit der „Energieberatung der Verbraucherzentrale“

Der Ausschuss beschließt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich, den Vorschlag umzusetzen.

(Anm. zur Niederschrift:

Im Zusammenhang mit der verwaltungsinternen, haushaltsrechtlichen Umsetzung des Beschlusses fiel auf, dass die Begründung zum Rödl-Blatt Nr. 242 in soweit fehlerhaft ist, als der Vertrag mit der VZ nicht zum 31.12.2008, sondern erst zum 31.12.2009 ausläuft. Daher wird in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden und dem Amt für Finanzen und Beteiligungen der Ansatz für 2009 in Höhe von 54.600 € nicht konsolidiert.)

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP

Rödl-Blatt Nr. 243 Finanzierung des Anteils öffentlichen Grüns auf den Friedhöfen über die Friedhofsgebühren (IKV)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Abschließend beschließt der Ausschuss den so geänderten Gesamthaushalt bei 4 Nein-Stimmen (SPD) und 3 Nein-Stimmen (GAL) mehrheitlich.

Punkt 6 der Tagesordnung

Beantwortung von Anfragen und Beratung von Anträgen

6.1 Rekultivierung der Zentraldeponie Münster I, Vorlage an den Rat Nr. V/0022/2007 (s. Top 4.1 der 21. öffentl. Sitzung vom 13.02.2007)

Vor der Sitzung wurden die Antworten der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster zu den in der Sitzung am 13.02.2007 von Herrn Leuters gestellten Fragen an die Ausschussmitglieder verteilt. Herr Leuters erklärt, nach Durchsicht evtl. noch offene Punkte nachzufragen. Auf seine Bitte hin sind die Antworten dem Protokoll als **Anlage 1a und 1b** beigefügt.

6.2 Anfrage von Herrn Ratsherrn Möltgen vom 05.02.2007 zur Umsetzung der EU-Umgebungsärmrichtlinie

Herr Bruns berichtet, dass im Stadtgebiet Münster in der ersten Stufe der Umgebungsärmrichtlinie die Hauptverkehrsstraßen (mehr als 6 Mio Kfz/a) und die Haupteisenbahnstrecken (mehr als 60.000 Züge/a) erfasst werden. Die Lärmkarten für die Straßen werden vom Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV) und für die Schienenwege vom Eisenbahnbundesamt (EBA) berechnet. Ergebnisse sollen nach der Richtlinie bis Juni 2007 vorliegen, werden aber voraussichtlich erst Ende 2007 zur Verfügung stehen. Das Land plant die Veröffentlichung der Lärmkarten mit Hilfe des Internets. Das EBA will die Daten ebenfalls über Internet (Webservices) zur Verfügung stellen.

Abschließend merkt Herr Bruns an, dass die Verwaltung dem Ausschuss über das weitere Vorgehen und die Ergebnisse berichten wird.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung**Sonstiges**

Herr Steinmann bittet die Verwaltung, dem Ausschuss im Sommer über die neue Feinstaub-Richtlinie zu berichten.
Die Verwaltung sagt dies zu.

Ende der Sitzung: 20:18 Uhr

Frank Baumann
Vorsitz

Bärbel Jahn
Schriftführung